Sonntag, den 13. Juli 1924. | Lodzer Volkszeitung | Einzelnummer: 20 Groschen.

Nr. 38. | Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 20 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt. | Der Abonnementspreis für den Monat Juli beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich. | 2. Jahrg.

Wer zahlt in Polen Steuern?

Die indirekten Steuern betragen vier Fünftel sämtlicher Steuern.

Das Finanzministerium hat eine Broschüre herausgegeben, in der die Einnahmen des Staates aufgezählt werden. Dabei hat das Ministerium, um den Anschein zu erwecken, daß die indirekten Steuern nicht zu groß sind, einen Teil derselben einfach unter die Rubrik der direkten Steuern verschoben. Wir wollen nun diese Einnahmen hier wiedergeben, uns aber bemühen, die einzelnen Steuern in die Rubrik zu stellen, in die sie hineingehören.

Die Gesamteinnahmen für das Jahr 1923 betrugen 41,604 Milliarden Mark. Nach der amtlichen Aufstellung beträgt die Einnahme von den direkten Steuern 14,166 Milliarden. Um diese hohe Summe der direkten Steuern zu erhalten, wurde ein bedeutender Teil der indirekten hinzugerechnet, darunter 7,876 Milliarden von der Umsatzsteuer. Also reduzieren sich die direkten Steuern um diese Summe, so daß nur 6,290 Milliarden übrig bleiben. In diese Summe hat das Ministerium jedoch auch die Vermögenssteuer mit eingerechnet, die im Jahre 1923 die Summe von 1,685 Milliarden erbracht hat. Diese Steuer kann aber ebenfalls nicht als direkte Steuer angesprochen werden, da sie eine einmalige Abgabe ist. Die Summe der direkten Ausgaben beträgt somit kaum 4,396 Milliarden, also 10,4 Prozent der Staatseinnahmen.

Zu diesen Einnahmen gehören in Milliarden Mark folgende Steuern:

die Grundsteuer	1,935
die Immobiliensteuer	149
die Einkommensteuer	1,685
die Kapital- und Rentensteuer	96
Zinsen, Strafen etc.	512

abgesehen von den kleineren Abgaben.

Die indirekten Steuern ergaben dagegen:

die Lebensmittelsteuer	11,765
Einfuhrzoll	6,753
Monopole	4,150
zusammen	22,665

d. h. 54 Prozent der Staatseinnahmen oder fünf Mal soviel wie die direkten Steuern.

Die Hauptlebensmittelsteuern erbrachten:

Spiritus	6,275
Zucker	2,198
Petroleum	905

Die Spiritussteuer erbrachte also vier Mal soviel wie die Einkommensteuer. Das Tabakmonopol brachte 3,649 Milliarden.

Allein die Zuckersteuer, die Steuer von einem Artikel, den selbst jedes Kind für den Lebensunterhalt nötig hat, ergab anderthalbmal mehr als die gesamte Grundsteuer in Polen.

Die Entwicklung des Steuerwesens bewegt sich auch weiterhin in der Richtung der Erhöhung der indirekten Steuern, die, wie die Regierung behauptet, in Zukunft die Vermögenssteuer ersetzen sollen.

Die Werktätigen Polens tragen also fast die gesamte Steuerlast auf ihren Schultern.

Dr. L.

Wem gilt der Schuß?

Am Sonntag fand in Lemberg eine Versammlung der Invaliden statt. Während der Versammlung betrat der Invalide Jan Koß die Rednertribüne und schilderte in verzweiflungsvollen, bitteren Worten die überaus traurige Lage der Invaliden. Zum Schluß der Rede holte er einen Revolver hervor und schoß sich nach dem dreifachen Rufe „Es lebe Polen!" eine Kugel in den Kopf. Der Unglückliche war auf der Stelle tot.

Diese kurze Zeitungsnotiz ist dieser Tage durch die gesamte Presse in Polen gegangen. Sie wurde aber nur notiert, worauf man zur Tagesordnung überging.

Welche Tragik versteckt sich hinter diesen trockenen Worten? Welches menschliche Leid hat hier sein Ende gefunden? Einer der vielen Mohren, die ihre Pflicht getan haben, ging aus dem Leben, da er den Undank der Welt nicht mehr ertragen und mitansehen konnte.

Wie hieß es aber damals, als unsere Väter und Söhne eilten, um die Grenzen des Staates zu verteidigen? Die Regierung, die vielen Ausschüsse und Aufrufe versicherten den freiwilligen und den anderen Soldaten, daß der Dank des Vaterlandes ihnen sicher sei. Allerhand Konzessionen sollten nach dem Kriege nur den Invaliden erteilt werden. Bei der Bodenreform sollten in allererster Linie die Kriegsbeschädigten bedacht werden und die Industrie verpflichtete sich, der Vaterlandsverteidiger nicht zu vergessen.

Wenn auch manche dieser Versprechungen eingehalten worden sind, so ist die Zahl der Kriegsinvaliden derart groß, daß diese Hilfe nur einem ganz geringen Prozentsatz unserer Verteidiger zuteil wurde. Der Rest aber wurde einfach auf die Straße gestoßen. Ein sehr großer Teil mußte zum Bettelstab greifen. Die kaum nennenswerten Unterstützungen, die an die Invaliden gezahlt werden, können unmöglich als eine Versorgung angesehen werden. Das Los tausender Invaliden ist verzweiflungsvoll. Die vielen Versammlungen und Resolutionen, die abgesandten Delegationen und Bittgesuche haben nur selten geholfen. Und nur wenige dieser Unglücklichen erhielten eine Lebensmöglichkeit.

Diesen Zustand, diese Lüge unserer Gesellschaft, diesen Undank der Welt, konnte der Invalide in Lemberg nicht ertragen. Des Bettelns und des Jammers seiner Schicksalsgenossen müde, verschaffte er sich durch einen Schuß in den Kopf die Linderung.

Wem aber gilt dieser Schuß?

In allererster Linie unseren gesetzgebenden Körperschaften in Warschau, die sich bis jetzt noch nicht aufzuschwingen vermochten, ihr Versprechen gegenüber diesen Unglücklichen einzulösen. In zweiter Linie unserer Regierung, die nur mit halbem Ohr auf den Jammer und die Klagen der Invaliden hört. Wir wünschen, daß dieser Schuß das Gewissen dieser zwei Instanzen wecken möge und es daran zu mahnen, der Invaliden nicht zu vergessen. Ein Ehrenmann hält sein Wort.

Wen aber muß der Schuß direkt ins Herz treffen?

Noch sind die Wunden, die die Kriege seit 1914 geschlagen haben, nicht vernarbt. Noch führen uns die vielen Invaliden das Verbrechen des Weltkrieges vor Augen. Noch ächzt und stöhnt die Welt unter der Last der wirtschaftlichen Not. Die Zahl der Arbeitslosenarmeen in der Welt ist im Zunehmen begriffen. Jeder Staat kämpft bis jetzt vergeblich mit den Folgen des entsetzlichen Verbrechens von 1914. Obwohl wir alle dies empfinden, kommt dennoch aus allen Teilen der Welt die Kunde, daß dieser und jener Machthaber mit seinem Nachbar nicht auskommen kann. Bald an dieser und bald an jener Stelle lodert das Kriegsfeuer auf. Und besonders in Deutschland jauchzt die blinde Masse einem der Kriegsverbrecher, dem General Ludendorff zu, der heute wie im Jahre 1914 in Pickelhaube und Militärtreß die Huldigungen verdummter Kompagnien entgegennimmt. Wann kommt endlich die Ernüchterung? Wann wird das deutsche Volk seinen Kriegshetzern den Garaus machen?

Obzwar in den letzten Monaten Macdonald, Herriot, Stauning und die anderen Sozialisten der Menschheit einen Lichtblick in die Zukunft boten und versichern, daß sie keinesfalls zulassen werden, daß Kriegsverbrecher ihr dunkles Handwerk treiben können, ist damit noch wenig getan. Das Volk steht heute leider noch in sehr großem Teile unter dem verderblichen Einfluß der Herren vom Schlage Ludendorffs, die nicht nur in Deutschland, trotz der begangenen Verbrechen, das große Wort führen.

Aber auch bei uns in Polen ist in dieser Beziehung viel zu sagen. Für die soziale Fürsorge, für das Arbeitsministerium werden derartig kleine Summen bestimmt, daß man sich fragen muß, wozu diese Ministerien eigentlich bestehen. Dagegen aber sind fast alle polnischen Parteien einig, daß das Kriegsministerium über die Hälfte des Budgets verschlingen darf.

Traurig ist es daher auch bei uns bestellt. Der Lemberger Fall muß unseren maßgebenden Stellen ernst zu denken geben. Er muß der Auftakt dazu sein, daß alle Staaten die Richtigkeit des Antrages der Regierung Stauning in Dänemark erkennen, der jede militärische Rüstung verwirft und die Abschaffung des Kriegsministeriums anstrebt.

Der Anfang ist gemacht. Die Erkenntnis muß in der ganzen Welt kommen.

Der Lemberger Schuß muß den Militarismus mitten ins Herz treffen.

L. Kuk.

* * *

Eine Kundgebung für den Frieden.

Aus Lyon wird von einer Kundgebung der französischen Gesellschaft „Frieden durch Recht" berichtet. Anläßlich der Tagung der Völkerbundsunion hielt der deutsche Pazifist Prof. Quidde eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede, in der er u. a. sagte, daß seit dem Ende des Krieges die französischen Nationalisten durch die Beeinflussung der französischen Politik stets das Spiel des deutschen Nationalismus spielten und umgekehrt dieser die französische Intransigenz gesteigert habe. Die Aufhebung der Verhaftungen und Ausweisungen seien ein dankenswerter Beweis des Vertrauens. Die Mehrheit der Völker Frankreichs und Deutschlands wünsche nichts sehnlicher als die Verständigung, die im Schoße eines demokratischen Völkerbundes möglich sei.

Die Sprachengesetze vom Sejm angenommen.

Ungeheuere Lärm- und Prügelszenen. — Die Stellungnahme der Deutschen ist blaß ausgefallen.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

In der Mittwochsitzung des Sejm herrschte eine geladene Atmosphäre. Es standen sich zwei Geisteswelten gegenüber. Auf der einen Seite der Wille, die polnische Republik durch Vernichtung und Aufsaugung der völkischen Minderheiten zum Nationalstaat umzubauen; auf der anderen Seite leidenschaftlicher Drang nach Freiheit und Selbstbestimmung. Dort der Glaube, daß innerhalb Polens nur der Pole zu bestimmen habe, und daß alles, was den völkischen Minderheiten an Rechten gegeben wird, ein Gnadengeschenk aus der Hand der polnischen Wirte ist; hier der Wille, zu gleichem Recht an dem eigenen Geschick mitzubauen. In seltener politischer Kurzsichtigkeit haben die Väter der Projekte keiner der völkischen Minderheiten auch nur ein Quäntchen dessen geboten, was jede von ihnen erwartete. Diejenigen, die wenig erhofften — die Juden und Deutschen — bekamen nichts. Die slavischen Minderheiten statt der erwarteten Autonomie, die zweisprachige Schule, die in den Herzen der Jugend das eigene Volkstum ertöten soll. Aus den Reden der Ukrainer und Weißrussen klang unverhüllt der Gedanke der staatlichen Loslösung.

Es referierten die Abgeordneten Thugutt, St. Grabski und Kiernik, die ständig durch sehr scharfe Zwischenrufe der Minderheiten unterbrochen wurden. Als erster Redner der Minderheiten nahm der Ukrainer Chrucki das Wort. Er kritisierte sehr scharf die Sprachengesetze. Sehr interessant sprach der Weißrusse Taraszkiewicz. Er wies auf die friedliche Zusammenarbeit des Abg. Thugutt und des Abg. St. Grabski hin. Abg. Taraszkiewicz spielte auf die „nationale Einheit" an und erinnerte daran, daß noch zur Zeit der Ermordung des ersten polnischen Präsidenten, die „Wyzwolenie" die Acht hätte fressen mögen. Die Sprachengesetze seien eine Vergewaltigung der Konstitution und des Minderheitenvertrages. Er führte aus: „Wir hören heute den Ruf der alten Schlachzizen: „Lieben wir uns". So amüsiert sich die Schlachta mit den Bauern, die sich mit den Federn der Edelleute schmücken. Es fehlen nur die Lyra und die Flöte der Weißrussen und Ukrainer, die Künste der deutschen Meister und der Jankiel mit dem Zimbelspiel. Unter diesen Umständen sind die drei Mißgeburten entstanden, die mit einer bisher im Sejm ungekannten Schnelligkeit durchgepeitscht werden sollen. Und doch heißt ein polnisches Sprichwort: „Co nagle, to po djable!" (Was schnell geht, holt der Teufel!)" Nach ihm sprach Abg. Utta. Seine Rede fiel im Vergleich zu denen seiner Vorredner blaß aus. Er verstieg sich in Einzelheiten, ohne einen leitenden, das ganze Problem erfassenden Gedanken zu äußern. Es ist auch zu bedauern, daß der Redner nicht imstande war, die meisten der für die Deutschen beleidigenden Zwischenrufe zu beantworten. Im Namen der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei ergriff Abg. Paszczuk das Wort. Es war seine Jungfernrede. Er hielt sie in ukrainischer Sprache. Gleich nach den ersten Sätzen wurde er vom Marschall Moraczewski unterbrochen und zur Ordnung gerufen. Paszczuk ließ sich jedoch nicht stören. Der Marschall rief ihn deswegen zum zweiten und dritten Mal zur Ordnung. Da er jedoch weiter ukrainisch sprach, unterbrach Moraczewski die Sitzung.

Um sich Geltung in dem ungeheuren Lärm und Pultdeckelkonzert zu verschaffen, bediente sich der Marschall nicht der gewöhnlichen Glocke, sondern einer viel größeren. Die Ukrainer riefen: „Das ist unsre Glocke, die habt ihr aus unsren Kirchen gestohlen!"

Abg. Paszczuk verblieb jedoch auf der Rednerbühne. Als er einen Schluck Wasser aus der Karaffe nehmen wollte, rief man ihm zu: „Beschmutz nicht polnisches Wasser." Bald darauf erschien auch ein Diener und nahm die Karaffe fort.

Durch die Unterbrechung der Sitzung fielen sechs Redner der Minderheiten ab. Abg. Prylucki, der als nächster Redner auf der Liste vermerkt war, geriet infolge dieser Guillotinierung der Rednerliste in höchste Aufregung und rief dem Marschall zu: „Schurkerei!" Der Marschall schloß ihn für diese Beleidigung von drei Sitzungen aus.

Die handgreifliche Argumentation der Chjenisten.

Als Abg. Prylucki den Saal verlassen wollte, ereignete sich eine bedauerliche und zugleich beschämende Szene. Die als Raufbolde berüchtigten Abgeordneten Dobija und Manterys rempelten den Abg. Prylucki an. Dobija nannte Prylucki einen kretzigen Kerl. Als dieser ihm die Antwort nicht schuldig blieb, wurde er geohrfeigt. In den Wandelgängen wurde er auch von Manterys geschlagen. In den Abendstunden fielen ihn im Sejmgarten noch einmal einige Abgeordneten an. Doch konnte sie Abg. Prylucki infolge der Dunkelheit nicht erkennen.

Nach der Unterbrechung sprach Abg. Grünbaum vom Jüdischen Klub. Er stellte gleich den Vorrednern der Minderheiten den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Darauf verließen die Minderheiten unter Absingung von Nationalhymnen den Saal. Nur die Ukrainische Sozialdemokratie intonierte die Internationale. Dem Gesange schlossen sich auch zwei Abgeordnete der „Wyzwolenie" an, die nach der Sitzung Thugutt ihren Austritt aus dem Klub meldeten.

Die Juden uneinig.

Von den Juden blieben nur die Orthodoxen im Saal. Dies führte zu aufgeregten Szenen unter den Juden. Abg. Grünbaum nannte die Orthodoxen Verräter. Als diese schließlich auch den Saal verließen, rief ihnen Abg. Grünbaum noch einmal zu: „Verräter!" Die Orthodoxen nannten das Verhalten des Abg. Grünbaum eine Gemeinheit, da dieser gegen den Beschluß des Klubs beim Verlassen des Saales die zionistische Hymne anstimmte.

Am Ausgange entwickelte sich folgendes Gespräch:

Abg. Hirschbraun: „Grünbaum, Ihr Verhalten ist eine Gemeinheit."

Abg. Grünbaum: „Schweig, Verräter!"

Abg. Szyper zu Hirschbraun: „Noch ein Wort, und ich schlage dich in die Fresse!"

In Abwesenheit der Minderheiten wurden die Sprachengesetze in zweiter Lesung angenommen. Die Verbesserungen wurden abgelehnt.

Zu erwähnen ist die Rede des Abg. Czapinski (P. P. S.), die sogar auf den Bänken der Minderheiten Beifall fand Es scheint fast, als wollte die P. P. S. aus ihrer Reserve treten.

*

In dritter Lesung angenommen.

In der Donnerstagsitzung sind die Vorlagen über die Sprachenregelung in den östlichen Grenzgebieten Gesetze geworden. Zur dritten Lesung der Gesetze hatten sich nur drei Redner gemeldet. Abg. Ballin, der aus dem Klub der „Wyzwolenie" ausgetreten ist, der Russe Serebriannikow und der Ukrainer Chrucki. Abg. Serebriannikow begründete den Standpunkt der Russen. Auch er hatte für die Gesetze nur ein „Unannehmbar" übrig. Interessant war das Auftreten des Abg. Ballin, der weißrussischer Abstammung ist. Er sprach im Namen der weißrussischen Abgeordneten, die der „Wyzwolenie" angehörten. Er erklärte, daß die von der polnischen Mehrheit gegen die Stimmen aller Minderheiten, sogar der Gruppe des Geistlichen Ilkow, angenommenen Gesetze gegen die Minderheiten gerichtet seien. Abg. Ballin führte aus: „Alle polnischen Parteien teilen den Standpunkt, daß das polnische Volk das Volk der Wirte ist. Wir lehnen jedoch alle Einladungen ab, sich an den gemeinsamen Tisch zu setzen. Aus diesem Grunde erklären wir unseren Austritt aus der „Wyzwolenie". Wir werden gegen die Gesetze stimmen."

Nach dieser Rede verließen alle Minderheiten demonstrativ den Saal, so daß Abg. Chrucki auf sein Wort verzichtete.

Die Vorlagen wurden darauf von allen polnischen Parteien in dritter Lesung angenommen.

Die polnische Mehrheit hat den Minderheiten das „Geschenk" also aufgezwungen.

Keine Einladung Polens nach London und Prag.

Nach dem Muster der amerikanischen Diplomatie hat auch Außenminister Zamoyski eine neue Gattung von Diplomaten ins Leben gerufen: die sogenannten Beobachter. Von der Existenz des ersten Beobachters haben wir erfahren, als Macdonald verschiedene Staaten zur Londoner Konferenz einlud. Polen ist natürlich nicht unter den geladenen Staaten.

Die polnische Presse berichtete wohl, daß der polnische Botschafter in London, Herr Skirmunt, sich die größte Mühe gegeben habe, eine Einladung zur Konferenz, auf der über die in diesem Augenblicke wichtigsten europäischen Fragen entschieden werden soll, zu erhalten. Doch Macdonald überging Herrn Skirmunt und auch die polnische Regierung.

Unser Außenminister schickt daher zur Londoner Konferenz einen Beobachter. Es ist dies ein gewisser Herr Mrozowski.

Ein zweiter Beobachter ging nach Prag, wo seit dem 11. Juli eine Konferenz der „kleinen Entente" stattfindet. Die polnische Regierung ist zu dieser Konferenz ebenfalls nicht eingeladen worden.

Es wird immer besser mit unsrer Außenpolitik. Dank der energischen und aufopferungsvollen Arbeit unsres Herrn Außenministers und Grafen beginnen wir die europäische Politik in einer immer größeren Entfernung zu beobachten.

Die Żyrardower Affäre.

Kucharski unter Anklage.

Die Kreditpolitik des ehemaligen Finanzministers Kucharski gegenüber der Żyrardower Manufaktur hat dem Staate ungeheuren Schaden zugefügt. Der Untersuchungsausschuß des Sejm, der die Beschuldigungen, die gegen Kucharski erhoben wurden, untersuchen sollte, hat Material zutage gefördert, das ein grelles Licht auf die Mißwirtschaft in unsrer Finanzpolitik wirft. Der Untersuchungsausschuß hat aber auch noch zutage gefördert, daß Kucharski dem Drucke des französischen Kapitals unterlag. Es zeigte sich, daß sich zwischen unsren Regierungsmännern und den französischen Kapitalisten vertrauliche Fäden schlingen. Beim ehemaligen Minister für Handel und Industrie, Ossowski, war seinerzeit der Attache der französischen Botschaft, um Erkundigungen über die Lage der Żyrardower Manufaktur einzuziehen, da auch französisches Kapital daran interessiert sei. Im Jahre 1920, also während der bolschewistischen Invasion, sprach bei dem späteren Minister für Handel und Industrie, Olszewski, auch der französische General Ferry vor. Er drohte gewissermaßen dem

Minister, daß Frankreich die Kriegslieferungen einstellen werde, wenn die polnische Regierung die Zwangsverwaltung von der Zyrardower Manufaktur nicht aufheben und sie den Aktionären zurückgeben sollte. Darauf, ob die französische Botschaft diesen Schritt des Generals Ferry unterstützte, konnte sich der Herr Minister nicht mehr erinnern. Da Minister Kucharski auch von polnischen interessierten Kreisen gedrängt wurde, entschloß er sich zu einem persönlich geschriebenen Brief an die polnische Sparkasse, der zu Folge hatte, daß die Sparkasse der Zyrardower Manufaktur Kredite zu solch günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt hat, durch die der Staat einen Schaden von $2^{1}/_{2}$ Millionen Schweizer Franken erlitten hat.

Der Sejmausschuß sah das unkorrekte Verhalten des ehemaligen Finanzministers für erwiesen an. Er beschloß daher, im Sejm den Antrag einzubringen, Kucharski unter Anklage zu stellen.

Witos will das Spiel wieder aufnehmen.

Den Austritt der zwei Abgeordneten der „Wyzwolenie" will der so sehr bekannte Herr Witos dazu ausnützen, die „Wyzwolenie" zu zerschlagen und verschiedene Abgeordnete dieses Klubs für sich zu gewinnen.

Der „Piast" hat beschlossen, Grabski nur Vollmachten für die Finanzsanierung zu erteilen. Damit beabsichtigt der Herr Gemeindevogt den Sturz der Grabskiregierung und die eventuelle Schaffung einer neuen Mehrheit mit der „Chjena" herbeizuführen.

Diese „edlen" Absichten werden aber dem Herrn Wincenty kaum gelingen.

Ein Propagandatag der P. P. S.

Am heutigen Sonntag veranstaltet die P. P. S., einen großen Propagandatag, der die Bereitschaft der P. P. S. zum unerbittlichen Kampf mit der Reaktion ausdrücken soll. Die P. P. S. wird versuchen, auch die Landbevölkerung für ihre Ideen zu gewinnen. Die Landbevölkerung, die unter dem Einflusse des Klerikalismus und der rechtsstehenden Parteien steht, ist heute das größte Hindernis für den Fortschritt. Sie muß aufgeklärt und darauf hingewiesen werden, daß sie gemeinsame Interessen mit der Arbeiterschaft verbinden.

Die Tätigkeit der jetzigen sogenannten Bauernparteien im Sejm wirkt auf die Arbeiterschaft geradezu herausfordernd. Während der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes stellte die radikale Bauernpartei „Wyzwolenie" den Antrag, daß die Unterstützung der Arbeitslosen nicht 30—50 Prozent, sondern höchstens 20—35 Prozent des tatsächlichen Lohnes betragen soll. Dieser Antrag wurde angenommen.

So sieht der Radikalismus und die Fortschrittlichkeit der „radikalen" Bauernpartei aus. Von den anderen Parteien ganz zu schweigen.

Die Führer der „Wyzwolenie" faselten so manchmal von der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft. Aber bei jeder gegebenen Gelegenheit fallen sie der Arbeiterschaft in den Rücken und leisten Handlangerarbeiten für die Reaktion.

Der Propagandatag der P. P. S. soll auch hierin eine Wandlung schaffen.

Einigung zwischen London und Paris.

Die persönliche Aussprache Macdonalds mit Herriot in Paris hatte zur Folge, daß zwischen den beiden Ministerpräsidenten eine Einigung zustande kam. Das Ergebnis der Aussprache ist ein gemeinsames Programm Englands und Frankreichs, das die Grundlage für die Verhandlungen auf der Londoner Konferenz bilden wird.

In England hat die Verständigung eine gute Aufnahme gefunden. Weniger zufrieden ist man in Deutschland. Man sieht in der Verständigung ein Nachgeben Macdonalds. Auch in Amerika ist man über das englisch-französische Programm nicht entzückt. In politischen Kreisen wird behauptet, daß nach der Meinung des Präsidenten Coolidge die Thesen Macdonalds und Herriots im Gegensatz zum Friedensvertrag stehen, den die Vereinigten Staaten mit Deutschland schlossen.

Amerikas Sozialisten für La Follette.

Der Konvent der Sozialisten hat den Senator La Follette für die Präsidentenwahl gewählt. Die wichtigsten Sätze des Programms über die Außenpolitik lauten: „Wir befürworten eine aktive Politik zur Herbeiführung der Revision des Versailler Vertrages in Uebereinstimmung mit den Verabredungen für den Waffenstillstand (vom November 1918) sowie feste Verträge mit allen Völkern zur Abschaffung des Krieges und der Wehrpflicht; einschneidende Abrüstungen zu Lande und zur See und in der Luft, Sicherstellung von Volksabstimmungen über Krieg und Frieden."

Der demokratische Konvent hat 111 Abstimmungen vornehmen müssen, um sich auf eine Präsidentschaftskandidatur einigen zu können. Im 111. Wahlgange erhielt Senator Davis 415 Stimmen, so daß er als Kandidat der demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen gilt.

Lokales.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist auch in der vergangenen Woche um keinen Schritt weitergerückt. Dazu gesellt sich, daß noch weitere Fabrikunternehmen ihre Betriebe eingestellt oder eingeschränkt haben.

Die Hilfe des Magistrats für die Arbeitslosen ist im gewissen Sinne eine Parodie geworden. Der Magistrat hat beschlossen, einige hundert Arbeiter anzustellen, dagegen aber 1000 Saisonarbeiter zu entlassen.

Von der Anleihe von zwei Millionen Zloty, wegen Erteilung welcher sich der Magistrat an die Regierung wenden sollte, ist ebenfalls noch nichts zu hören. Obwohl die Herren Stadtpräsidenten in der letzten Sitzung vor den Ferien des Stadtrats erklärten, daß Vizepräsident Groszkowski gleich am darauffolgenden Tage nach Warschau reisen werde, erfolgte erst am Dienstag seitens des Magistrats die Antwort. Schöffe Bednarczyk erklärte einer Delegation, daß Finanzminister Grabski Herrn Groszkowski gegenüber geäußert habe, er wisse nichts von den Bemühungen der Stadt Lodz in Sachen der Krediterteilung. Wahrscheinlich werde diese Angelegenheit im Arbeitsministerium unerledigt lagern. Man sieht also daraus, daß sich der N. P. R.—Chjena-Magistrat, herzlich wenig um die Arbeitslosen kümmert. Die N. P. R. sucht sich mit der Unfähigkeit des abdelegierten Herrn Groszkowski zu entschuldigen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die polnische Arbeiterschaft ihre N. P. R.-Leute deswegen in den Magistrat geschickt habe, damit sie die Interessen der Arbeiterschaft im Auge haben. Es mußte unbedingt der Vizepräsident Wojewódzki und der Schöffe Bednarczyk nach Warschau reisen, um der Arbeiterschaft konkret antworten und beweisen zu können, ob diese zwei N. P. R.-Säulen überhaupt imstande sind, etwas zu erreichen. Die Abschiebung der Schuld auf den Arbeiterfeind Groszkowski ist eine leere Ausrede.

Im Klassenverband haben, im Zusammenhange mit der gegenwärtigen Lage, Beratungen stattgefunden. Es wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird: 1) Registrierung aller Arbeitslosen mit Hilfe des Verbandsapparats; 2) Organisierung von Fabrikskomitees durch die Arbeitslosen; 3) Verteilung der Unterstützungen durch die Fabrikskomitees; 4) Kontrolle über die öffentlichen Arbeiten und die Anstellung zu denselben.

Es ist festgestellt worden, daß die Industriellen in der letzten Zeit eine Taktik anwenden, die darauf hinzielt, die vom Lande eingewanderten Arbeiter zu beschäftigen. Sowohl der Magistrat wie die Verbände haben beschlossen, die zugereisten nicht zu registrieren und ihnen keine Arbeit zuzuweisen, um sie zu zwingen, nach ihrem Wohnort zurückzukehren.

In den nächsten Tagen werden sich die Arbeitervertreter mit der Forderung an die Regierung wenden, diejenigen Industriellen, die Kredite erhalten haben, zu zwingen, ihre Fabriken vollauf in Betrieb zu setzen. Auch soll die Forderung aufgestellt werden, die öffentlichen Arbeiten in größerem Maße als bisher zu führen. Elka.

Die Konstituierung der Verwaltung der Krankenkasse.

Am Donnerstag abend fand die erste Sitzung der Verwaltung der Krankenkasse statt. Erschienen sind von den Versicherten sämtliche Mitglieder, von den Industriellen nur 4 Personen.

Vor Eingang in die Tagesordnung erklärte Herr Komissar Dr. Giebartowski, daß mit der Eröffnung dieser Sitzung seine Rolle als Vertreter der Regierung in der Kasse beendet ist. Den Vorsitz übernahm das älteste Verwaltungsmitglied, Herr Librach (Industrieller). Die Zettelwahl für das Amt des Vorsitzenden der Verwaltung ergab 6 Stimmen für den Kandidaten der Sozialisten, Kałużyński, und 6 Stimmen für den Kandidaten der N. P. R., Kazmierczak. Da diese Wahl also kein Ergebnis zeitigte, schlug der Vorsitzende eine Entscheidung durch das Los vor. Beide Teile sprachen sich jedoch dagegen aus. Es drohte somit die Auflösung der Verwaltung. Die Industriellen beantragten hierauf eine Unterbrechung und nach dieser eine zweite Zettelwahl. Das Ergebnis des zweiten Wahlganges war: 7 Stimmen für Kałużyński, 6 für Kazmierczak bei 3 Stimmenenthaltungen. Unoffiziell erklärten die Industriellen, daß sie die Verantwortung für die Auflösung der Verwaltung nicht auf sich nehmen wollen, weswegen sie das Los entscheiden ließen, wem sie eine Stimme schenken. Gewählt wurde also der Kandidat der Sozialisten. Stellvertretender Vorsitzender wurde Kazmierczak mit 6 Stimmen bei 10 Stimmenenthaltungen.

Die N. P. R. ist vor der Sitzung an die Sozialisten mit dem Angebot herangetreten, die Mandate des Vorsitzenden und der Direktoren sowie des Chefarztes unter diese zwei Gruppierungen zu verteilen. Dieses Angebot wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Posten der Direktoren und des Chefarztes durch öffentliches Ausschreiben besetzt werden müssen, um Fach- und nicht nur Parteileute zu erhalten.

Die nächste Sitzung der Verwaltung, in der 4 Kommissionen gewählt werden sollen, findet am Dienstag abend um 6 Uhr statt.

Das Gesetz über die Regelung der Paßgebühren ist vom Sejm in dritter Lesung angenommen worden.

Die Widzewer Manufaktur bleibt weiter geschlossen. Am Donnerstag fand eine Konferenz der Arbeitervertreter mit dem Vertreter der Widzewer Baumwollmanufaktur statt. In derselben wiederholte der Vertreter der Firma, daß Herr Kohn darauf bestehe, daß die Delegierten entlassen werden müssen, daß die Arbeiter die Schäden bezahlen und daß Herrn Max Kohn Abbitte geleistet werden muß. Die Arbeitervertreter haben diese Bedingungen abgelehnt, so daß die Konferenz resultatlos verlief. Arbeiterinspektor Wostkiewicz erstattete hierüber nach Warschau Bericht.

Die Herren Kohn sind also weit davon entfernt, sich einschüchtern zu lassen. Die Regierung tut nichts, um sie zu zwingen. Das Versprechen des Herrn Wojewodenstellvertreters, die Firma zur Aufnahme des Betriebes zu zwingen oder die Fabrik zu verstaatlichen, ist nur ein Versprechen geblieben.

Aus dem Reiche.

Warschau. Stürmische Sitzung des jüdischen Gemeinderats. Die zu der ersten Sitzung des neugewählten jüdischen Gemeinderats zahlreich erschienenen Anhänger der Bundisten und Poale-Zionisten wollten die Gemeinderäte, die polnisch sprachen, nicht zu Worte kommen lassen. Das Publikum, das in den Beratungssaal eingedrungen war, mußte durch Polizei zum Verlassen des Saales gezwungen werden, wobei es zu sehr erregten Szenen kam.

— Verprügelung eines Beamten der russischen Gesandtschaft. Der zweite Sekretär der sowjetrussischen Gesandtschaft, Kopecki, stellte an der Ecke der Nowogrodzka- und Sładowa-Straße zwei Männer zur Rede, die ihn durch einen Zuruf beleidigten. Während des Wortwechsels schlug Kopecki einen der Männer mit dem Spazierstock, worauf diese sich auf ihn warfen und ihn derart verprügelten, daß der Wagen der Rettungsstation herbeigeholt werden mußte. Das polnische Außenministerium hat dem Gesandten Obolenski bereits das Bedauern der polnischen Regierung ausgedrückt.

Krakau. Der übliche Fliegerunfall. Am Freitag stürzte hier wiederum ein Militärflugzeug aus einer Höhe von 80 Metern ab. Die zwei Insassen waren auf der Stelle tot.

Sport.

Der Konstantynower Turnverein veranstaltet heute im Garten des Herrn Seiler ein großes Gartenfest, verbunden mit turnerischen Vorführungen, Turnen über Wasser, Tanz usw. Der festgebende Verein ladet alle Sportvereine höflichst ein. Bequeme Rückfahrt ist gesichert.

Floridsdorfer A. C. — Touring-Klub 3:0. Das am Donnerstag zwischen Floridsdorfer A. C. und Touring-Klub ausgetragene Fußball-Wettspiel endete mit 3:0 zugunsten der Gäste.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Achtung, Sänger! Montag, den 14. Juli, um 7 Uhr abends, findet die übliche Gesangstunde statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet der Vorstand.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	8. Juli	11. Juli
	in Zloty	
Engl. Pfd.	22,48	22,56
Dollar	$5{,}18^{1}/_{3}$	$5{,}18^{1}/_{3}$
Schw. Frank.	92,58	93,63
Franz. Frank	26,70	26,47
Belg. Frank	23,50	23,46
Goldbons	—,78	—,80

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Konstantynower Turnverein

Am Sonntag, den 13. Juli d. J., im Garten des Herrn Seiler

grosses Schauturnfest

(u. a. Turnen über dem Teich)

mit anschließendem Tanz, wozu alle Freunde und Gönner des Vereins freundl. eingeladen werden.

Für Speise und Trank wird bestens gesorgt werden. — Der Garten wird schon in aller Frühe geöffnet sein, um Ausflüglern Unterkunft zu bieten. **Bequeme Rückfahrt** ist gesichert. 243

Ein Damenhut ist auf dem Ausflug der Jugendabteilung der D. A. P. gefunden worden. Abzuholen bei **C. Klose**, Gluwna 14.

Im Verlage der „Lodzer Volkszeitung" ist erschienen:

Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Zamenhofastraße 17, sowie durch die Zeitungsausträger.

Der Eisenbahnfahrplan ab 1. Juni 1924.

Lodzer Fabrikbahnhof.

Abfahrt:

6.10 (nach Galkówek).
7.25 (nach Warschau, direkter Schnellzug).
8.55 (nach Koluszki).
10.00 (nach Koluszki an Sonn- und Feiertagen).
12.20 (nach Ząbkowice — von Koluszki ab Schnellzug).
13.30 (nach Warschau — von Koluszki ab Schnellzug).
15.20 (nach Krakau — von Koluszki ab Schnellzug).
17.00 (nach Koluszki).
19.10 (nach Galkówek).
19.35 (nach Warschau, direkt).
20.40 (nach Petrikau — von Koluszki, Anschluß mit Schnellzug nach Krakau).
22.35 (nach Krakau).
23.40 (nach Warschau — von Koluszki ab, Anschluß an Schnellzug nach Krakau u. Personenzug nach Ząbkowice).

Ankunft:

7.30 (Schnellzug aus Krakau).
8.30 (Schnellzug aus Krakau und Personenzug aus Petrikau).
9.55 (aus Galkówek).
10.25 (aus Warschau).
12.45 (aus Koluszki).
15.45 (aus Warschau und Kattowitz).
16.30 (aus Warschau direkt).
17.05 (aus Koluszki).
21.05 (aus Krakau, Schnellzug).
21.45 (aus Warschau, Schnellzug).
22.45 (aus Koluszki an Sonn- und Feiertagen).
23.07 (aus Galkówek).
1.05 (aus Warschau und Czenstochau).

Lodz-Kalischer Bahnhof.

Durchgangszüge.

0.42— 0.52 Warschau—Bentschen
1.46— 2.02 Warschau—Ostrowo (Schnellzug nach Paris).
2.42— 2.57 Ostrowo—Warschau
5.32— 5.42 Posen—Warschau
6.19— 6.29 Bentschen—Warschau (Schnellzug aus Paris).
12.38—12.53 Warschau—Bentschen.
13.48—14.02 Posen—Warschau.
22.03—22.23 Warschau—Posen.

Obige Züge gehen nur durch Lodz. Die erste Zahl bedeutet die Zeit der Ankunft, die zweite die der Abfahrt.

Lokalzüge — Abfahrt:

7.45 Lodz—Bentschen
13.30 Lodz—Warschau
16.00 Lodz—Sieradz
19.25 Lodz—Lowicz
18.40 Lodz—Ostrowo
20.00 Lodz—Krakau—Kattowitz (direkt)

Lokalzüge — Ankunft:

6.45 Krakau—Kattowitz—Lodz (direkt)
9.25 Ostrowo—Lodz
9.40 Lowicz—Lodz
10.20 Warschau—Lodz
18.30 Bentschen—Lodz
21.00 Sieradz—Lodz

Die Stadtratwahlen in Alexandrow.

Der vergangene Sonntag hat die deutsche Bevölkerung von Alexandrow veranlaßt, ein politisches Bekenntnis abzulegen. Nachdem die Bemühungen, eine gemeinsame Liste der deutschen Wählerschaft unter der Fahne der Deutschen Arbeitspartei Polens aufzustellen, an dem großen Mandathunger der Bürgerlichen und Halbbürgerlichen gescheitert war, wurde neben der Liste der D. A. P. noch eine Liste der „Unparteiischen Deutschen“ aufgestellt. Die deutsche Bevölkerung Alexandrows hatte die Wahl zwischen zwei Richtungen. Es galt, sich entweder für eine sozialistische klare Politik der D. A. P. zu entscheiden oder sich für die ziellose von persönlichem Egoismus einzelner Personen geleitete Politik der „Unparteiischen“ zu erklären.

Das Wahlergebnis stellte der Einwohnerschaft Alexandrows das glänzendste Zeugnis aus. Mit 8 gegen 3 Mandate siegte der Fortschritt. Die Alexandrower haben bewiesen, daß sie fortan nicht mehr gewillt sind, sich von unerprobten, keine politische Schulung besitzenden Einzelpersonen leiten zu lassen, die sich selbst an die Spitze gestellt haben, sondern daß sie willens sind, ihr Schicksal durch ihre politische Organisation selbst in die Hand zu nehmen. Und dies erfüllt uns mit Genugtuung und gebietet uns, den Alexandrower Volksgenossen unsere Achtung auszudrücken. Wenn alle die 95 % werktätiger Deutscher Polens eingesehen haben werden, daß in Kongreßpolen die D. A. P., im früheren preußischen Teilgebiet die dortige deutsche Sozialdemokratie als ihre tatkräftigen politischen und völkischen Führer anzusehen sind, dann wird uns die Erkämpfung der Gerechtigkeit in Polen zusammen mit der polnischen Demokratie und der der übrigen Minderheiten ein leichtes sein. In vollständig geschlossenen Massen organisiert, wird es uns auch nicht schwer sein, den polnischen und jeden anderen Chauvinismus niederzuringen und die Gleichberechtigung in unserem Lande Wirklichkeit werden zu lassen. Das Endziel — die zukünftige gerechte Weltordnung — zu erlangen, wird uns näherrücken. Die europäische Demokratie, die seit einigen Monaten ein schnelles Tempo angeschlagen hat, wird auch uns Deutsche Polens bereit finden, sich dem Siegesmarsch der Demokratie zur Erlangung des Weltfriedens sowie zur Erkämpfung einer gerechten Weltordnung anzuschließen.

In diesem Sinne mögen die neugewählten Stadtverordneten von Alexandrow wirken. L. K.

Nachklänge zu den Wahlen.

Die Wahlen haben die Leidenschaften entfacht. Es ist in der Vorwahlzeit auf der Seite der Unparteiischen so manche „edle“ Gesinnung zu Worte gekommen. Diese Herren scheuten selbst vor gemeinen Denunziationen nicht zurück, indem sie den Lodzer Stadtverordneten O. Seidler, der vergeblich um das Wort bat, einfach einen Bolschewisten und Kommunisten nannten. Die anwesenden Vertreter der Polizei, die die Absicht der Herren „Unparteiischen“ erkannten, lächelten aber nur mitleidig und machten den Herren Prochowski und Konsorten nicht den Gefallen, den „Kommunisten“ ins Loch zu stecken. Darüber befragt, warum die Polizei nicht einschreite, antwortete der anwesende Polizeikommandant auf die „Unparteiischen“ deutend: „Znam ich“, was so viel wie „Spiegelberg, ich kenne dich“ heißen sollte. Dieselben Absichten verfolgte der „unparteiische“ Wahlausschuß mit dem Lehrer Ziebart, dem Vertrauensmann der Liste 7 der D. A. P. Man lief einfach zur Polizei und denunzierte. In der „Freien Presse“ aber, die sich auch bei diesen Wahlen offen gegen die Arbeitspartei erklärte, erschien eine Notiz, die das Gegenteil behauptete. Der Korrespondent der „Freien Presse“, derselbe vorgenannte Herr Prochowski, behauptete im Tone des Märtyrers, daß Lehrer Ziebart zur Polizei gegangen wäre. Ein entsprechendes Eingesandt des angeschwärzten Lehrers, der der Wahrheit die Ehre geben wollte, wurde von dieser Zeitung aber verstümmelt.

In der Versammlung am Donnerstag vor den Wahlen leistete sich Abg. Utta, den sich die „Unparteiischen“ verschrieben und der ihre verlorene Sache retten sollte, geradezu gemeine Ausfälle gegen die D. A. P. Der Herr Abgeordnete griff zu dem schmutzigen Mittel, die Stadtverordneten und Abgeordneten der D. A. P. zu verleumden, obwohl er wußte, daß alle seine Behauptungen erlogen seien. Als Abg. Utta jedoch merkte, daß einer der Stadtverordneten der D.A.P. anwesend sei, fiel er um und schämte sich nicht, in dem darauffolgenden Teil seiner Rede das Gegenteil zu behaupten. In der Sonnabendversammlung stellte sich der Herr Abgeordnete nicht zur Diskussion, zu der er öffentlich aufgefordert worden war. Da es für ihn klar war, daß er in einer Diskussion moralisch erledigt worden wäre, zog er es vor, eine besondere Versammlung abzuhalten. In dieser Versammlung suchte er in seiner Art alles wieder dadurch gutzumachen, daß er die Lodzer Stadtverordneten als verdienstvolle Leute hinstellte. Allerdings nur deswegen, weil wiederum einer der Stadtverordneten der D. A. P. anwesend war.

Mit dem Bericht über die Donnerstagversammlung in der „Lodzer Volkszeitung“ vom Sonntag ist Herr Utta aus **begreiflichen** Gründen nicht einverstanden und sendet der Redaktion die nachfolgende Rechtfertigung. Wir bringen dieselbe laut Original zum Abdruck, also mit den Widersprüchen und den sprachlichen Fehlern. Bei dieser Gelegenheit wollen wir den Verfasser aber aufmerksam machen, daß seine Zeitung, die „Freie Presse“, bis jetzt eine andere Taktik befolgte. Die Zuschriften der D.A.P. wurden von dieser Zeitung nie aufgenommen, da man die Wahrheit fürchtete.

Wir aber halten die Wahrheit als unsere **stärkste** Waffe. Unsere Mitglieder und Anhänger wissen es, daß wir stets der Wahrheit die Ehre geben. Es kann also aus diesem Grunde niemand gegen uns ein Mißtrauen hegen. Lügen haben eben kurze Beine.

Die Zuschrift des Herrn Abg. Utta hat folgengen Wortlaut:

> Ich habe alles, was in meinen Kräften lag getan um eine Spaltung der Deutschen in Aleksandrow zu verhüten. Meine Krankheit hat mich verhindert vor Einreichung der Listen nach Aleksandrow zu fahren und vermittelnd einzugreifen. Nachdem zwei Listen eingereicht wurden, habe ich den unparteiischen Wählern, die sich an mich gewandt haben, empfohlen jegliche scharfen Angriffe zu meiden, damit eine Zusammenarbeit der neugewählten Stadtverordneten nicht unmöglich gemacht wird. Die D. A. P. hielt ihre Versammlungen ab, ohne von der anderen Seite gestört zu werden. Man erwartete, daß die D. A. P. dasselbe tun wird. Leider war dies nicht der Fall. Gleich zu Beginn meiner Rede habe ich offen erklärt, daß ich die meisten Kandidaten beider Listen sehr wenig kenne, und es mir fern liegt, jemanden anzugreifen. Ich habe nur darauf hingewiesen, welche Eigenschaften ein guter Stadtverordneter haben muß, um den Deutschen Ehre zu machen und die Stadtwirtschaft gut führen zu können. Ich habe mich entschieden gegen eine Parteiwirtschaft im Stadtrat, aber nicht gegen die Parteien ausgesprochen. Es ist eine Bosheit, wenn man behauptet, ich hätte nur von meiner Tätigkeit im Lodzer Stadtrat gesprochen. Im Gegenteil, machte ich die Versammlung darauf aufmerksam welches Ansehen und welche Erfolge die geschlossene Deutsche Fraktion im früheren Lodzer Stadtrat zu verzeichnen hatte und wie es jetzt aussieht. Die Deutschen haben im Magistrat und im Schulrat keine Vertreter, die Einigkeit ist zerrissen, die Autorität gesunken. Das sind nach meiner Ansicht die Folgen der Parteipolitik und davor habe ich gewarnt. Von einer Entrüstung der Zuhörer habe ich nichts vernommen. Im Gegenteil, der Berichterstatter der „Freien Presse“ schreibt in der Sonnabendnummer vollständig richtig: „Lebhafter Beifall wurde hierfür Herrn Utta zuteil. Im Namen des Wahlausschusses dankte ihm Herr Prochowski“. Daß man Vertretern der D. A. P. nicht zu Wort kommen ließ, war sicher nicht die Furcht der Grund. Erstens war es schon sehr spät, zweitens sagte sich der Wahlausschuß: wir gehen nicht zu euch reden und wollen euch auch nicht hören. Nach meiner Ansicht vollständig richtig. Das Märchen von den zwei Stühlen wäre vielleicht nötig manchem Mitglied der D. A. P. zu erzählen. Ich habe meine politischen Ansichten in dem Programm des „Deutschen Volksverbandes“ zum Ausdruck gebracht und gehöre zum Vorstand dieser Organisation. Wenn das vielleicht jemanden nicht paßt, so kann es doch keinen Grund zu unbegründeten öffentlichen Angriffen geben.
>
> A. Utta,
> Sejmabgeordneter.

Und nun einige Bemerkungen zu der famosen Zuschrift.

Der Herr Einsender behauptet, alles getan zu haben, um die Spaltung zu verhindern. Gleich im nächsten Satz aber sagt er, er habe infolge Erkrankung nichts getan. Wenn also das Nichtstun als „habe alles getan“ anzusehen ist, so haben wir vor dem „unermüdlich tätigen Abgeordneten“, wie es in der „Freien Presse“ so schön heißt, Achtung.

Der Herr Abgeordnete erklärt, niemand angegriffen zu haben. Wir erinnern diesen Herrn daran und stellen fest, daß er unter der Adresse der D. A. P. gesagt hat: „Marktschreier“, „Egoisten“, „sie haben keine Absicht, für die Arbeiter zu sorgen“. „streuen den Arbeitern Sand in die Augen“, „sind Leute, die nicht in die Kirche gehen“. „kein Gewissen haben“, „was ich, während meiner Tätigkeit im Stadtrat aufgebaut habe, geht jetzt futsch“ usw. Wenn dies keine Angriffe und Verleumdungen sind, so muß der Herr Abgeordnete als Kirchengeher ein verdammt

Am Scheinwerfer.

Die Lodzer „Freie Presse“ hat sich zu den Stadtratwahlen in Alexandrow gerade wie bei den Lodzer Stadtratwahlen „über“ die Parteien gestellt. Gerade wie damals, so hat sie auch jetzt Partei für die Bürgerlichen ergriffen. Der Vertrauensmann der Liste 7 der D. A. P., Lehrer Ziebart, wurde in einem Eingesandt, das die Wahrheit auf den Kopf stellte, in gemeiner Weise angegriffen. Die Richtigstellung des Lehrers Ziebart versah die Redaktion der „Freien Presse“ von sich aus mit einer Reihe von Fragezeichen, ein Verfahren, das in einer anständigen Zeitung nicht üblich ist.

Die Wahlen in Alexandrow sind vorüber. Die D. A. P. brachte 8 Stadtverordnete durch, Abg. Utta und die „Freie Presse“ 3. Die „Freie Presse“ bringt in der Dienstagnummer einen Bericht, worin sie die Listen der polnischen und jüdischen Parteien mit Namen nennt. Nur, daß die Liste 7, die die meisten Kandidaten durchgebracht hat, von der D. A. P. aufgestellt wurde, verschweigt sie ihren Lesern wohlweislich.

Die Alexandrower haben das Urteil über den Demagogen Utta und die „Freie Presse“ gefällt. Wie müssen sich die beiden schämen!

*

Ein junger Mann, namens Jentsch, kassierte bei uns einen Betrag ein und quittierte mit Jencz. Auf die Frage, wie er dazu komme, so seinen Namen zu verhunzen, erklärte er, daß er sich vor der Konfirmation anders schrieb. Auf dem Konfirmationsschein stand sein Name jedoch mit cz geschrieben und da glaubte er, ihn auch so schreiben zu müssen. Wenn dies ein deutscher Sekretär und ein deutscher Pastor der Johannisgemeinde tun, so muß es doch stimmen, denn das sind doch gebildete Leute. — Ein andrer uns bekannter Fall. Der junge Mann führt den schönen deutschen Namen Seidel. Die Kanzlei der Johannisgemeinde stellt ihm einen Taufschein für Militärzwecke aus und polonisiert den Namen in Zajdel. Man lese und staune! Ist das nicht ein bezeichnendes Zeichen unsrer Zeit!

Die Herren Sekretäre und Pastoren schreiten voran in der bewußten Verballhornisierung deutscher Namen. Vielleicht erleben wir es noch, daß sich selbst die Kinder unsrer Pastoren ihrer deutschen Namen schämen werden. Wir dürfen dann nicht erstaunt sein, wenn wir eines Tages statt Angerstein und Dietrich lesen werden: Angiersztajn, Dytrych usw.

Wie stolz sind dagegen die Hugenotten auf ihre französischen Namen, die in Deutschland seit Jahrhunderten eine zweite Heimat gefunden haben. Dies sind aber auch nur Franzosen!

*

Die Zustände in der Bank Polski sind nicht schön. Die Vetternwirtschaft wird im Großen betrieben. Beamte, die keine Protektion besitzen, fliegen an die Luft. An ihre Stelle werden andere angestellt, die sehr oft unfähiger als die alten sind, dafür aber irgend einen „höheren“ Vetter besitzen. Man nennt dies bei uns Reduktion aus Sparsamkeitsgründen.

Ein schönes Stückchen leistete sich der Präses der Bank selbst, Herr Stanislaw Karpinski. Er übergab vor einigen Tagen dem Portier eine an einen Abteilungschef gerichtete Visitenkarte, auf der geschrieben stand: „Fräulein N. N., Angestellte der Abteilung X, ist die Tochter meines Freundes. Sie fällt nicht unter die Reduktion. Karpinski.“

Was sollen sich die Beamten von ihrem Chef denken, der sich in Angelegenheiten mischt, über die einzig und allein die Personalabteilung zu entscheiden hat? In der Bank Polski ist es halt nicht besser als in den anderen Aemtern. Herr Karpinski geht aber reichlich weit. Er besorgt sogar Stellungen für die Töchter seiner Freunde!

Groß zu wundern darüber braucht man sich gerade nicht. Herr Karpinski hat im Besorgen von Stellungen bereits Routine. Hat er doch seinen jugendlichen Neffen zum Direktor der Bank Polski gemacht.

Mit einem Wort, in der Bank Polski herrscht eine schöne Vetternwirtschaft. Wohin wird sie die Bank Polski wohl führen?

*

Einer der eifrigsten Verfechter der Reduktion ist Professor Stanislaw Grabski, einer der unglückseligen Väter der Sprachengesetze. In jedem seiner zahlreichen Artikel spricht er von der Sparsamkeit, die für alle Aemter das höchste Gebot der Stunde sein sollte.

Herr Prof. Grabski wird sich sicher damit einverstanden erklären, daß die Universitäten Stätten der Arbeit sein müssen und daß die Professoren Gehälter beziehen, damit sie ihr Lehramt ausüben können. Was würde Herr Grabski dazu sagen, wenn in irgend einem Amte ein Beamter das Gehalt für süßes Nichtstun bekäme? Solch ein Fall, Herr Prof. Grabski, liegt an der Lemberger Universität vor. Dort gibt es einen Lehrstuhl der politischen Nationalökonomie, dessen Professor ein anständiges Gehalt bezieht. Der Herr Professor aber liest nicht, ja er zeigt sich nicht einmal in der Universität. Und dieser Herr ist Prof. Stanislaw Grabski selbst. Herr Prof. Grabski hat also nur schöne Grundsätze ... für andere.

Wir wollen nicht zweifeln, daß Herr Prof. Grabski noch soviel Ehrenmann ist und schleunigst die Reduktion des Prof. Grabski fordern wird.

*

Die Familie des Fürsten von Pleß gehört zu den größten Grundbesitzern und Industriellen Schlesiens. Der derzeitige Beherrscher gewaltigen Grundbesitzes, ausgedehnter Wälder, vieler Kohlengruben, war ehemals erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses, kaiserlich deutscher Legationssekretär und königlich preußischer Oberst der Armee. Bei Hofe stand er in hohem Ansehen. Er war einer der alleredelsten der Nation. Während des Krieges war in seinem Schlosse auch eine Zeitlang das deutsche Hauptquartier untergebracht. Nach dem Kriege kam aber Oberschlesien zu Polen und dem deutschen Fürsten Pleß wäre damit die Aufgabe zugefallen, auf bedrohtem Boden das Deutschtum zu wahren. Er löste sie, wie sie alle diese Edelsten und Besten lösen, die sich immer als die nationalsten Deutschen spreizen, solange es ihr Vorteil erheischt und sich sofort in einen Franzosen, Polen oder Zulukaffer verwandeln, wenn es Profit einbringt. Der teutsche Fürst von Pleß ist Pole geworden, um dem Liquidationsverfahren zu entgehen, und er hat sich nun mit dem von ihm angenommenen neuen Namen Fürst von Pszczyne dem polnischen Staatspräsidenten vorgestellt. Heil dem Fürsten Pszczyne, der nicht schlechter ist als die anderen deutschen Fürsten, die heute noch die leidenschaftlichsten Nationalisten sind, weil sie zu einem Wechsel der Volkszugehörigkeit noch keine profitable Gelegenheit hatten! Deutsche Arbeiter und Bauern haben unter ihrem Bekenntnis und ihrer Anhänglichkeit an ihre deutsche Kultur in Polen schwer zu leiden. Die Spitzen der Nation finden den Uebergang leicht und schmerzlos, sie verstehen es, nationale Bekenntnisse zu wechseln wie andere kaum ihre Kleider. Und sind denn die teutschen Bürger besser? Das geliebte Deutschtum all dieser Herrschaften liegt ja doch nur im Maul, und ihr „treues deutsches Herz“ steckt im Geldsack. Thäddi.

dickes Fell haben. Er parodiert aber nur den gläubigen Christen, denn sonst müßte er es doch wissen, daß es geschrieben steht: „Du sollst nicht lügen“ und „kein falsch Zeugnis reden wider deinem Nächsten!“

Der Herr Einsender erwartete, daß die D.A.P. auf seine Verleumdungen schweigen werde. Auf Verleumdungen antwortet man nicht nur, sondern wendet handgreiflichere, radikalere Mittel an. Wenn die D.A.P. dies nicht getan hat, so beweist dies, daß sie fest davon überzeugt war, daß diese Verleumdungen am Wahltage die verdiente Antwort erhalten werden — die schmähliche Niederlage.

Die Behauptung des Einsenders, er hätte gegen die Parteiwirtschaft und nicht gegen die Parteien gesprochen, ist erlogen, denn ein Redner der „Unparteiischen“ wandte sich selbst gegen die Behauptung des Herrn Abgeordneten. Er bewies diesem, daß Parteien nicht nur nötig seien, sondern daß er selbst für die D. A. P. große Sympathien hege.

Es ist keine Bosheit, wenn wir Abg. Utta der Selbstbeweihräucherung, des Selbstlobs bezüchtigen, sondern bittere Wahrheit. In allen Versammlungen auch in der in Alexandrow sprach der Herr Einsender stets nur von sich. Wenn er von der Tätigkeit der früheren deutschen Fraktion im Stadtrat sprach, so unterließ er es nie zu betonen, daß er der einzige in der Fraktion war, der wirkliche Arbeit geleistet hat. Wir sind weit davon entfernt dem Stadtverordneten Utta gewisse Verdienste abzusprechen. Wir selbst sind es gewesen, die kurz vor den Sejmwahlen in einem Aufsatze der „Freien Presse“ auf dieselben hingewiesen haben. Dies alles jedoch berechtigt Abg. Utta keinesfalls dazu, die heutigen Stadtverordneten der D. A. P. mit Kot zu bewerfen.

Daß die frühere Fraktion ein großes Ansehen und großen Einfluß im Magistrat von Lodz hatte, weil sie geschlossen ging, bezweifeln wir. Der Herr Einsender scheint ein sehr schwaches Gedächtnis zu besitzen. Dies tritt besonders dort kraß in Erscheinung, wo es sich um Sachen handelt, die ihm nicht in den Kram passen. Wir erinnern ihn an seinen Kampf mit den deutsch-polnischen Demokraten, an die geradezu unglücklichen Einflüsse im Magistrat — das Ausgleiten der zwei Schöffen und an die Unterzeichnung eines Antrages über die Abschaffung der jüdischen Sprache in den jüdischen Schulen, durch Herrn Stadtverordneten Utta. Und den gewaltigen Sturm der Entrüstung über dieses Verhalten eines Minderheitenvertreters, der durch die jüdische Presse ging — hat ihn der Herr Abgeordnete schon vergessen? Noch heute sprechen die jüdischen Stadtverordneten von diesem Dolchstoß in den Rücken der jüdischen Minderheit.

Uns aber heute zuzumuten, im Chjenamagistrat zu sitzen, ist ein starkes Stück. Heute noch vom Schulrat zu sprechen, ist reine Demagogie. Der Herr Abgeordnete weiß ganz genau, daß ihm der Platz im Schulrat von der P. P. S. geschenkt wurde. Dies hält den Abg. Utta jedoch nicht ab, heute diese Leute zu beschimpfen. Allen Lodzer Deutschen ist es bekannt, welch harten Kampf die Stadtverordnetenfraktion der D. A. P. um den Sitz in dem Schulrat geführt hat. Auch Herr Utta weiß von diesem Kampf. Daher ist die Anwendung dieses Arguments eine unehrliche Tat.

Daß der Herr Abgeordnete keine Entrüstung auf der Versammlung vernommen hat, ist wahrscheinlich ebenfalls seinem dicken Fell zuzuschreiben. Tatsache ist, daß sogar Stv. Seidler beruhigend eingreifen mußte, um Tätlichkeiten zu verhindern. Es ist sehr schön, daß der Herr Abgeordnete keine Furcht hatte; doch unschön ist es auf jeden Fall, auf Verleumdungen nicht antworten zu lassen.

Das Märchen von den zwei Stühlen ist kein Märchen. Dies beweisen die Statuten des gegründeten Volksverbandes. In diesen Statuten setzt sich der Herr Abgeordnete nicht nur auf den Stuhl des Kolonisten. Er sitzt dort seelenruhig auf dem Schemel des Arbeiters, auf dem Stuhl des Kolonisten und im Sessel des Fabrikanten. Sehr bezeichnend für ihn!

Diese von uns angeführten Tatsachen zeigen uns Herrn Abg. Utta als Menschen, Politiker und... guten Christen. Noch mehr Worte über ihn zu verlieren, ist wahrlich unnütz.

O jerum.

Die guten Wirkungen des Achtstundentages.

In der Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf ergriff der französische Arbeitsminister Justin Godart im Namen seiner Regierung das Wort zu folgender Erklärung: Das Gesetz über den Achtstundentag hat in Frankreich erfreuliche Ergebnisse gezeitigt und das Familienleben gefördert. Seit 1919 hat die Zahl der Arbeitergärten um 45 Prozent zugenommen. Der Alkoholismus ist in ausgesprochenem Rückgang begriffen. Vom Gesichtspunkt des Ertrages ist überall, wo der Unternehmer das Achtstundentagsgesetz entschieden durchgeführt hat, eine Produktion erstanden, aus der jede Schleuderwirtschaft verschwunden ist. Das Gesetz über den Achtstundentag hat Frankreich nicht gehindert, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen.

Einem Vertreter der Agence Havas gegenüber hat Godart betont, daß die heute namens der französischen Regierung in Genf abgegebene Erklärung über den Achtstundentag einen Appell an die deutsche Demokratie noch mehr als an die deutsche Regierung bedeute. Frankreich hoffe, daß der Appell gehört und zur Folge haben werde, daß sich die deutsche Regierung veranlaßt sehen werde, die Verordnung, durch die eine Verlängerung der Arbeitszeit gestattet wird, zurückzuziehen. Die französische Regierung werde erst dann von den Kammern die endgültige Ratifizierung der Konvention über den Achtstundentag verlangen.

Aus aller Welt.

Der erste sozialistische Rektor. Mit der Ernennung des Professors der Rechte Laun zum Rektor der Hamburger Universität tritt an die Spitze einer deutschen Universität zum erstenmal ein Sozialist.

Kämpfende Arbeiter. In Klosterneuburg kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten veranstalteten ein Schauturnen der Arbeiter, zu dem sich viele tausend Zuschauer eingefunden hatten. Nach 6 Uhr abends kamen etwa 120 Nationalsozialisten an dem Sportplatz vorbei und entrollten ihre Fahne, auf der sich ein großes Hakenkreuz befand. Der Führer des Republikanischen Schutzbundes forderte den Führer der Nationalsozialisten auf, die Fahne einziehen zu lassen und sofort abzumarschieren, da es sonst zu Zusammenstößen kommen könnte. Da sich jedoch die Nationalsozialisten weigerten, kam es zu Reibereien, in deren Verlauf die Nationalsozialisten etwa 100 Schüsse abgaben. Auch mit Dolchen wurde gegeneinander gestochen. Elf Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. Die Nationalsozialisten wurden schließlich von den Arbeitern zurückgedrängt und mußten in die Pionierkaserne flüchten, wo sie von der Gendarmerie entwaffnet wurden.

Eine ganze Familie ertrunken. In der Thaya bei Zaim badete dieser Tage der Beamte Josef Cap mit seinen Kindern, als plötzlich der Jüngste von der Strömung erfaßt wurde und versank. Der ältere Bruder wollte den Kleinen retten, wurde aber mit seinem Schwesterchen von dem Ertrinkenden, der beide krampfhaft umklammerte, mit in die Tiefe gezogen. Der Vater warf sich in das Wasser, um den Kindern Hilfe zu bringen, wurde jedoch vom Schlage gerührt und ertrank ebenfalls.

Ein zweiundzwanzigfacher Mörder. Ein grausiger Fund auf einer Wiese in der Nähe von Hannover führte zur Aufdeckung von Verbrechen, denen nicht weniger als zweiundzwanzig Menschen zum Opfer gefallen sind. Es wurden in einigen Säcken mehrere Menschenschädel und Knochen, die von verschiedenen Menschen herrührten, entdeckt. Die polizeilichen Nachforschungen führten zur Verhaftung des 45jährigen Händlers Haarmann. Er hatte mit den Toten, die er ermordet hatte, widernatürlichen Geschlechtsverkehr gepflogen. In höchster sexueller Aufregung will er seinen Opfern die Kehle durchgebissen haben. Dann hat er ihnen den Kopf, Arme und Beine abgeschnitten und in die Leine geworfen. Die Taten erinnern in gewisser Hinsicht an die Verbrechen des Frauenmörders Großmann, als der Täter einen Fleischhandel betrieb, wobei die Vermutung besteht, daß er das Fleisch der Getöteten an seine Kunden mit verkaufte. Haarmann hat ein Geständnis abgelegt und zugegeben, in den letzten Jahren zweiundzwanzig Personen umgebracht zu haben.

Eine tumultuarische Trauung. Sonntag, den 28. Juni, sollte in der Lemsaler Kirche der örtliche Pastor Steiks die Trauung eines Oberleutnants vollziehen. Drei Tage vor der Hochzeit erschien in Lemsal ein junges Mädchen aus Riga und erzählte, daß auch sie die Braut des Oberleutnants sei. Wie es sich erwies, entsprach dieses den Tatsachen. Die Trauung war zu 3 Uhr nachmittags angesagt. Die Kirche war überfüllt, denn auch die verlassene Braut hatte sich eingefunden und nicht weit vom Altar Platz genommen. Sie weinte die ganze Zeit, als aber das junge Paar sich dem Altar näherte, fiel sie in Ohnmacht. Man reichte der Ohnmächtigen Wasser, so daß sie bald wieder zu Bewußtsein kam. Dann erschien der Pastor und begann in seiner originellen Art: „In Dir, Gott, ist die Liebe: es kommt der Segen in der Ehe.“ Eine Frauenstimme verbessert die Worte des Pastors und ruft laut: „Es kommt der Segen im Betrug.“ Der Pastor wendet sich an den Bräutigam: „Da hast Du nun zwei; wähle Dir die Rechte und bedenke, ob diese Liebe auch die rechte sein wird!“ Der Bräutigam ist sichtlich erregt. Als das junge Paar die Ringe wechseln sollte, fiel die Unglückliche von neuem in Ohnmacht. Daraufhin begannen die Anwesenden mit den Füßen zu stampfen und zu fordern, der Pastor möge die Trauung unterbrechen, und um besser sehen zu können, was nun geschehen würde, stiegen die in den hinteren Reihen Sitzenden auf die Bänke und Pulte. Es herrschte eine sehr erregte Stimmung, denn aller Sympathien waren auf der Seite der verstoßenen ersten Braut. Nach Beendigung der Trauung fing die Unglückliche wieder hysterisch zu schreien an, was von neuem einen Tumult hervorrief. Als das neugetraute Paar die Kirche verließ, warf die erste Braut ihrem einstigen Bräutigam ihre Handtasche ins Gesicht.

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(Nachdruck verboten.)

(18. Fortsetzung.)

Der andere Mann jung, schlank, elegant trotz des einfachen Jagdanzuges, war Prinz Löwenkreuz! Er hatte sich auch bereits erhoben und kam freudig überrascht auf sie zu.

„Welch wunderbarer Zufall, Gnädigste! Wenn das keine glückliche Vorbedeutung für mich ist, dann gibt es überhaupt nichts derartiges!“

Er zog ihre Hand an die Lippen und sah ihr sichtlich bewegt in das tieferrötete Gesicht.

Adalise hatte ihren Schreck noch nicht überwunden. Sein Anblick weckte die peinliche Erinnerung an jenes Zusammentreffen bei Eva Martini, wo er ihr seine Liebe gestanden und sie geküßt hatte. Sie — die Braut eines anderen!

Nie mehr seitdem hatte sie unbefangen an ihn denken können. Immer überfiel sie dabei ein seltsames Gefühl aus Scham, Entrüstung und sehnsüchtiger Wehmut gemischt. Er hatte sie doch geliebt! Liebte sie vielleicht noch. Und wenn sie nur gewartet hätte... aber hier brachen ihre Gedanken immer ab.

Und nun standen sie einander so plötzlich und unerwartet wieder gegenüber! Sie nahm sich gewaltsam zusammen.

„Ja, es ist ein komischer Zufall,“ sagte sie. „Ich war im Wald spazieren gegangen und stand plötzlich vor diesem Schlößchen, das ich nicht kannte und das wohl Mairingen ist, nicht wahr?“

„Ja. Gefällt es ihnen, Gnädigste?“

„Aber sehr! Es sieht ja ganz märchenhaft romantisch aus. Wie ein verwunschenes Schloß. Ich dachte erst, es sei ganz unbewohnt, bis ich mich erinnerte, daß ein Förster hier wohnen soll. Den wollte ich bitten, mir die Zimmer zu zeigen. Aber sie, Durchlaucht? Wie kommen sie denn gerade nach Mairingen?“

„Auf die natürlichste Weise der Welt: Ich bin seit gestern Besitzer von Mairingen und besprach eben mit Herrn Förster Eisenhart — den ich mir hiermit erlaube, ihnen vorzustellen — die Neuherrichtung der ziemlich vernachlässigten Räume.“

„O — sie haben das Schloß gekauft?“

„Ja. Das Jagdrevier ist gut, grenzt jenseits an unser Birkenheider Revier. Ich gedenke schon im Herbst, wenn das Schloß erst ein wenig hergerichtet ist, hier große Jagden zu veranstalten, bei denen sie und ihr Herr Gemahl hoffentlich meine Gäste sein werden?“

„Mein Mann ist, glaube ich, kein Jäger...“ sagte Adalise zerstreut, während sie schmerzlich dachte! Also er wird meinen Traum wahr machen! Unter seiner Leitung wird das Dornröschenschloß zu neuem glänzenden Leben erwachen... und nicht einmal dabei sein dürfen und zusehen werde ich dürfen! Denn Leo hat ja nie Zeit oder Interesse für etwas anderes als seine Geschäfte...

Sie hätte weinen mögen vor Zorn. Und dann schlich plötzlich wieder der Gedanke durch ihre Seele: Hättest du gewartet.

Aergerlich warf sie den Kopf zurück.

„Ich muß nun gehen, Durchlaucht.“

„Ach... wie schade, darf ich ihnen denn nicht die Zimmer zeigen?“ fragte er enttäuscht. „Sie wollten doch...“

„Ein andermal. Heute ist es schon zu spät.“

Sie neigte flüchtig den Kopf gegen Förster Eisenhart, nickte dem Fürsten zu und stand im nächsten Augenblick schon draußen auf der Wiese, wo sie tief aufatmete.

Aber Prinz Löwenkreuz war ihr ebenso rasch gefolgt.

„Ich verstehe, daß sie Eile haben, heim zu kommen, teuerste, gnädige Frau! Wenn man so kurz verheiratet ist, und sehnsüchtig erwartet wird... aber so grausam werden sie doch nicht sein, mir zu verbieten, sie wenigstens bis an den Waldrand zu begleiten?“

Adalise war nicht so grausam. Sie sagte zwar nicht ja, aber auch nicht nein, und so schritten sie plaudernd nebeneinander hin durch den sonnendurchleuchteten Wald mit seinen Frühlingswundern.

Löwenkreuz gab sich alle Mühe, ein tadelloser Kavalier zu sein und weder durch Worte, noch Blicke an jene Stunde zu rühren, da seine Leidenschaft die gezogenen Schranken stürmisch übersprungen hatte.

Er sprach vom Frühjahrsrennen, von der Kunstausstellung, die nächstens eröffnet werden sollte, von gemeinsamen Bekannten und endlich von Birkenheide, wo er seit acht Tagen bei den Eltern weilte.

Adalise ging immer langsamer, je näher sie an das Ende des Waldes kamen. Wie ein Sonnenstrahl aus einer anderen Welt — aus ihrer Welt berührte sie diese Unterhaltung. Ja — dieser da sprach ihre Sprache...

„Sie fühlen sich also wohl in Zivil, Durchlaucht?“ fragte sie.

„Nun, vorläufig könnte ich das gerade nicht behaupten. Das Leben daheim ist doch so ganz anders... Der Dienst fehlt... und so manches andere auch. Die Tage scheinen mir oft unheimlich lang. Aber das wird sich ja mit der Zeit wohl geben. Man gewöhnt sich schließlich an alles.“

„Und... ihre Braut?“

Er blieb jäh stehen. Sah ihr vorwurfsvoll in das schöne, lächelnde Gesicht.

„Sie glauben noch immer daran? Obwohl ich ihnen versicherte...“

„Man sagte doch, ihre Eltern wollten sie verloben!“

„Das ist ja möglich. Aber ich will es nicht! Wissen sie das nicht ganz genau, meine Gnädigste?“

Adalise schwieg. Eine Weile schritten sie stumm nebeneinander her. Bis plötzlich der Wald zu Ende war und sie nur mehr eine schmale Straße von dem Gitterpförtchen des Parkes trennte.

Adalise blieb stehen.

„Leben sie wohl, Durchlaucht. Und schönen Dank auch für die Begleitung.“

(Fortsetzung folgt.)